

## **DIE AKTUELLE WIRTSCHAFTLICHE SITUATION UND IHRE AUSWIRKUNGEN AUF DEN BERUFSSTAND**

Niemand im Berufsstand beklagt sich derzeit über zu wenig Arbeit. Das Gegenteil ist der Fall, was dazu führt, dass viele Kanzleien keine Mandanten mehr annehmen können bzw. sich von Mandanten durch Kündigung des Mandatsverhältnisses trennen müssen. Obwohl die Anzahl der Steuerberater stetig zunimmt, ergibt sich diese Situation. Die Gründe hierfür sind vielschichtig; die wesentliche Ursache liegt jedoch in der völlig überbordenden Bürokratie unseres Landes. Die jahrelange Heuchelei über Bürokratieabbau kann kein Unternehmer mehr hören. Hierzu ist es auch notwendig, dem Bürokratiemonster EU endlich Einhalt zu bieten.

Nachstehend soll aufgezeigt werden, wie sich die aktuelle Situation auf Unternehmen und damit auf ihren ersten Ansprechpartner in wirtschaftlichen Fragen, nämlich ihren Steuerberater, auswirkt.

### **1. Anmerkungen zur aktuellen wirtschaftlichen Situation**

Noch nie wurde der Wirtschaftsstandort Deutschland so negativ bewertet, wie in der heutigen Zeit. Die Folge ist, dass das Wirtschaftswachstum sinkt ab auf -0,1 %<sup>1</sup>, dass obwohl die meisten anderen Länder der EU ein positives Wirtschaftswachstum haben. Damit wird Deutschland von der Lokomotive der EU zum Bremserwagen. Diese negative Prognose musste der noch amtierende Wirtschaftsminister Habeck am 9.10.2024 etwas zerknirscht verkünden. Für 2025 ging er aber von einem positiven Wirtschaftswachstum von 1,6 % aus. Diese Prognose ist nach der Meinung von Prof. Fratzscher, Präsident des DIW Berlin, wieder viel zu optimistisch. So sehen es auch die „Wirtschaftsweisen“, die nunmehr von 0,4 % ausgehen. Eine der Ursachen für die negative wirtschaftliche Entwicklung ist der bereits seit Jahren eingeleitete Umverteilungsprozess in den Sozialetat zu Lasten der Investitionen.

Die Schuld allein bei der gescheiterten „Ampel“ zu suchen, die allerdings gravierende Fehlentscheidungen getroffen hat, wäre falsch. Ein Teil der Folgen beruht auch auf Fehlentscheidungen der Vorgängerregierung und auch auf der gesunkenen Arbeitsmoral vieler Arbeitnehmer. Solange jedoch der - noch - zuständige Minister die Vier-Tage-Woche propagiert und ein realitätsfremdes Bürgergeld durchsetzt, braucht man sich nicht zu wundern.

Der Slogan „Life-Work-Balance“, früher wurde er mal noch verschämt und verkennend „Work-Life-Balance“ genannt, ist der Ausdruck einer völligen Fehlentwicklung. Andere Länder grinsen darüber und freuen sich über die Entwicklung

**Wirtschaftsdaten in  
Deutschland**

**Work-Life-Balance**

<sup>1</sup> Jahresgutachten der Sachverständigen für Wirtschaft 2024/2025 v. 13.11.2024, abrufbar unter: [www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/jahresgutachten-2024.html](http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/jahresgutachten-2024.html) (Stand: 23.11.2024).

in Deutschland, denn davon profitieren sie. Die Schweiz denkt nicht daran, von der Regelarbeitszeit je nach Kanton von 40 bis von 42 Stunden abzuweichen. Das ehemalige Sorgenkind der EU Griechenland führt jetzt wieder die Sechstage-Woche ein.

Ein Teil unseres Fachkräftemangels könnte problemfrei durch längere Arbeitszeiten ausgeglichen werden. In die richtige Richtung geht nun der eintretende Trend zur späteren Verrentung.

Es dürfte schwierig zu vermitteln sein, dass der bisherige Weg in die falsche Richtung führte, denn viele haben sich an die „Freizeitgesellschaft“ gewöhnt. Ein Unternehmer, der Arbeitskräfte benötigt oder seine Arbeitnehmer bei „Laune halten“ möchte, kann sich diesem Trend nicht verschließen. Seine derzeit einzig mögliche Reaktion ist eine Betriebsaufgabe oder eine Reduzierung der Anzahl der Arbeitnehmer.

#### **Abbau von Arbeitsplätzen**

Die jetzigen Ankündigungen von VW, Daimler, Bosch und ZF, Arbeitsplätze zu reduzieren oder Arbeitszeiten mit Lohnreduzierung zu senken, sind Ausdruck eines schlechten Absatzmarktes, aber nur die Spitze des Eisbergs. Dies hat sofort Auswirkungen auf die Zuliefererindustrie, so z. B. bei Mahle. Dort werden nicht nur wie bei Bosch und ZF die Löhne gesenkt (ca. 10 %<sup>2</sup>), sondern Kurzarbeit eingeführt<sup>3</sup>. Viele mittelständische Unternehmen - und zwar in allen Branchen vom Bäcker, Metzger bis zum Wirt - werden ähnlich reagieren. Die Kündigung von Ausbildungsverhältnissen bei „Iwis Mechatronics“ in Schwaigern vor Ausbildungsbeginn<sup>4</sup>, mögen zwar rechtlich möglich sein, für die Betroffenen sind sie unverständlich, für das Unternehmen ein Imageschaden, aber letztlich ein Ausdruck der wirtschaftlichen Not des Unternehmens.

Martin Herrenknecht, ein Volldampfunternehmer, hat im ZDF in der Sendung „Made in Germany am Ende?“<sup>5</sup> am 3.10.2024 abgeladen, an der Regierung keinen guten Faden gelassen und ausgeführt, dass die Softies eine Vier-Tage-Woche, Gleitzeit und Work-Life-Balance wollen. Es fehle vielfach an der Bereitschaft der Arbeitnehmer, wieder Leistung zu erbringen. Hinzu kommt noch der Wunsch nach Homeoffice. Deswegen wolle er nicht mehr in Deutschland, sondern in Indien investieren. Diesem Beispiel folgen andere Unternehmen wie aktuell Bizerba, das nicht nur wegen den Tarifverhandlungen den Arbeitgeberverband Südwestmetall verlassen hat, sondern in Deutschland Stellen abbaut

---

2 Quelle: <https://blackout-news.de/aktuelles/krise-in-der-automobilindustrie-mahle-kuerzt-gehaelter/> (Stand 23.11.2024).

3 Quelle: [www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.krise-der-autoindustrie-kurzarbeit-an-zwei-standorten-von-mahle.c7c8e805-4da5-4beb-bcae-6ff7451b5249.html](http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.krise-der-autoindustrie-kurzarbeit-an-zwei-standorten-von-mahle.c7c8e805-4da5-4beb-bcae-6ff7451b5249.html) (Stand 23.11.2024).

4 Quelle: [www.swr.de/swr/aktuell/baden-wuerttemberg/heilbronn/iwis-mechatronics-schwaigern-kuendigt-neuen-auszubis-100.html](http://www.swr.de/swr/aktuell/baden-wuerttemberg/heilbronn/iwis-mechatronics-schwaigern-kuendigt-neuen-auszubis-100.html) (Stand 23.11.2024).

5 Abrufbar unter: [www.zdf.de/dokumentation/am-puls/industrie-krise-made-in-germany-habeck-wirtschaft-100.html](http://www.zdf.de/dokumentation/am-puls/industrie-krise-made-in-germany-habeck-wirtschaft-100.html) (Stand 23.11.2024).

und ins Ausland verlagert<sup>6</sup>. Dieser Trend wird aufgrund der veränderten politischen Situation in den USA zunehmen. Die USA sind unser wichtigster Exportpartner<sup>7</sup>; nun werden dort Zölle eingeführt, die Unternehmenssteuern gesenkt und Investitionen gefördert. Dadurch verändert sich das wirtschaftliche Klima erheblich.

Hinzu kommt die zunehmende Zahl der Unternehmen, die Kurzarbeit beantragen. Dies ist nicht immer von Erfolg gekrönt, denn oftmals folgt eine Insolvenz, wie beim Autozulieferer Recaro Automotive GmbH<sup>8</sup>. Verändern sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht kurzfristig, so wird aus Kurzarbeit die Entlassung von Arbeitnehmern. Jeder weiß, dass die Lohn- und Lohnnebenkosten - und diese werden sich ab 2025 weiter erhöhen - zu hoch sind. Vor diesem Hintergrund sind die Forderungen der Gewerkschaften unverständlich, denn wichtiger wäre es, Arbeitsplätze zu sichern. Es ist nicht schön sagen zu müssen, nicht nur Unternehmen machen weniger Gewinn, sondern auch Arbeitnehmer werden Reallohnverluste hinnehmen müssen. Dies zu vermitteln, wird die schwierigste Aufgabe der neuen Bundesregierung werden, was aber ohne Einsicht der Gewerkschaften fast nicht möglich sein dürfte.

**Arbeitsplätze als oberstes Ziel**

Gleichwohl muss man sich fragen, was machen die freigesetzten Arbeitnehmer? Diese Frage stellen sich viele Unternehmer, wenn sie eine Stelle ausschreiben, denn die Bewerberlage ist schlecht. Wie bei den verlorenen Socken in der Waschmaschine fragt man sich, wo sind die? Ältere Arbeitnehmer beanspruchen Vorruhestandsregelungen, Arbeitslosengeld und Abschläge bei der Rente. Bei den jüngeren Arbeitnehmern trennt sich ein Unternehmen zuerst vom „Bodensatz“. Mangels einer Qualifikation oder Arbeitsmoral sehen sie ihre Zukunft teilweise im Bürgergeld und staatlichen Transferleistungen. Diesen sozialen Luxus werden wir uns aufgrund der veränderten Situation nicht mehr leisten können, weswegen wir an signifikanten Einschnitten im Sozialsystem nicht mehr vorbeikommen werden. Die Kunst der Politik muss sein, dass die wirklich Notleidenden nicht auf der Strecke bleiben, sondern die vermeintlich Unberechtigten herausgefiltert werden.

Ähnlich verhält es sich bei Stellenausschreibungen für Auszubildende. Die wollen teilweise in Berufe mit großzügigen Arbeitszeitregelungen, wenig körperlicher Arbeit und möglichst keinen Stress. Im Zweifel geht man länger auf eine Schule, ohne dass sich dadurch etwas an der Grundsituation ändert. Gleiches gilt - mit Einschränkungen - nach einer erfolgreichen Ausbildung. Ein Ausweg

---

6 Quelle: [www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/tuebingen/tarifrunde-ig-metall-bizerba-ausstieg-aus-arbeitgeberverband-suedwestmetall-100.html](http://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/tuebingen/tarifrunde-ig-metall-bizerba-ausstieg-aus-arbeitgeberverband-suedwestmetall-100.html) (Stand 23.11.2024).

7 Quelle: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/259944/umfrage/deutsche-exporte-in-die-usa/> (Stand 23.11.2024).

8 Quelle: [www.autohaus.de/nachrichten/autohandel/endgueltiges-aus-nach-118-jahren-recaro-stellt-die-produktion-3561518](http://www.autohaus.de/nachrichten/autohandel/endgueltiges-aus-nach-118-jahren-recaro-stellt-die-produktion-3561518) (Stand 23.11.2024).

wird dann in einem Studium gesehen, welches leider Viele nicht erfolgreich abschließen. Bei einem schlechten Abschluss besteht dann die gleiche Situation wie vor Studienbeginn. Verkannt wird dabei, dass ein guter Handwerker ein höheres Lebenseinkommen hat, als Akademiker mit einem schlechten Abschluss.

Die Realität ist, es wurden von der Politik zu lange die wirklichen Probleme und Entwicklungen verkannt, denn Wahrheiten und Forderungen nach Mehrarbeit bringen keine Wählerstimmen. Jetzt das Rad nach der im Februar anstehenden Wahl und einer zu erwartenden schwierigen Regierungsbildung herumzureißen, ist schwierig und geht nur in einer parteienübergreifenden Allianz. Aber weitere Verluste von Arbeitsplätzen im großen Stile können wir uns nicht mehr leisten, weil dann die Kaufkraft schwindet, das Steueraufkommen sinkt und das Sozialsystem kollabiert. Den Arbeitnehmern ist wieder zu vermitteln: „Qualität kommt von Qual.“ Wenn wir dies - möglichst bald - auf allen Seiten erkennen und die notwendigen Folgerungen ziehen, so werden „wir das schaffen“, denn Wirtschaftswachstum enthält viele psychologische Elemente. Aber um dies zu erreichen, muss die Politik die richtigen Rahmenbedingungen vorgeben, damit die Unternehmen wieder eine Zukunft im Wirtschaftsstandort Deutschland sehen.

## **2. Auswirkungen auf Steuerkanzleien**

### **2.1 Der Steuerberater als First-Aid-Institution**

#### **Steuerberater als First-Aid-Institution**

Bei einem langjährigen Mandatsverhältnis ist der Steuerberater First-Aid-Institution in vielen unternehmerischen und oftmals auch nichtunternehmerischen Fragestellungen<sup>9</sup>. Damit ist der Steuerberater - nicht zuletzt aufgrund seiner Verschwiegenheitspflicht - Mediator, der Coach des Mandanten in Meinungs- und Rechtsfindungsprozessen. Übernimmt er diese Aufgabenstellung in der Unternehmensnachfolge, so hat er eine Schnittstellenfunktion<sup>10</sup>, die er moderierend ausübt. Bei der Auswahl der Kooperationspartner ist aber § 57 Abs. 1c StBerG zu beachten.

Die Stellung des Steuerberaters sieht dann schematisch wie folgt aus:

Kein Bild vorhanden

---

<sup>9</sup> B. Neufang, Stbg 2006 S. 67; B. Neufang/M. Neufang, StB 2013 S. 358.

<sup>10</sup> B. Neufang, BB 2006 S. 1420, Kap. III.

Diese Stellung gepaart mit einem Spezialwissen sind ein wesentlicher Faktor im Bereich des Marketings einer Steuerberaterkanzlei<sup>11</sup>. Bedingt durch die Internationalisierung sind Zugriffe zu Netzwerken mit ausländischen Partnern anzustreben, denn nur damit kann eine „Ausgliederung“ über die Grenze hinaus begleitet werden. Für den Steuerberater bedeutet dies, er muss in der Lage sein, über ein Netzwerk solche „Ausgliederungen“ begleiten zu können, denn ansonsten ist das Mandat gefährdet.

Notwendig ist eine verstärkte Zuwendung zur betriebswirtschaftlichen und auch wirtschaftsrechtlichen Beratung. Ein langjähriges und umfassendes Mandatsverhältnis bedingt, stetig die wichtigsten betriebswirtschaftlichen Faktoren - insb. das Forderungsmanagement, die Entwicklung der Liquidität und des Auftragsbestands - zu checken. Selbst dann, wenn die Buchhaltung vom Mandanten erledigt wird. Wird eine nicht nur kurzfristige Negativentwicklung erkannt, so ist der Mandant frühzeitig auf die Möglichkeit der Reduzierung des unternehmerischen Angebots mit der Trennung von Arbeitnehmern hinzuweisen, bevor auf die privaten Reserven zurückgegriffen wird. Im Übrigen gilt dies auch für Steuerberater. Ein Kollege, der schon im letzten Drittel des Berufslebens war, sagte, seit er sich von den meisten Mandanten und Arbeitnehmern getrennt hat, würde er wieder ruhig schlafen und seine Einkünfte hätten sich gewinnmäßig fast nicht verändert. Die Bürde der EDV, der Buchhaltungs- und Lohnarbeiten würde er in Bürogemeinschaft mit Kollegen, die wie er an einem „Serviceunternehmen“ beteiligt sind, meistern.

**Verstärkte  
Zuwendung zur be-  
triebswirtschaft-  
lichen und auch  
wirtschaftsrecht-  
lichen Beratung**

Führt eine Angebotsreduktion nicht zum gewollten Ergebnis, ist eine Betriebsaufgabe ein Lösungsansatz, denn ein Unternehmen ist kein Hort für eine Beschäftigungstherapie.

Eine besondere Herausforderung sind Unternehmensübergaben. Mittelständischen Unternehmern gelingt es nämlich in vielen Fällen nicht, einen Nachfolger zu finden. Deswegen sind ca. 60 % der Unternehmensnachfolgen derzeit nicht geregelt<sup>12</sup>. Viele Unternehmen werden keinen Nachfolger finden. Die Gesellschaft und die Politik muss das Unternehmertum wieder fördern und nicht nur durch Auflagen belasten, denn ohne Unternehmer gibt es auch keine Arbeitnehmer.

**Ungeregelte Unter-  
nehmensnachfolge**

Ist bei einem funktionsfähigen Unternehmen kein Nachfolger zu finden, gibt es zwei Ansätze, nämlich das Unternehmen zu einem „Auslaufmodell“ mit geringerer Kostenstruktur umzustrukturieren oder eine rechtzeitige Betriebsaufgabe zu empfehlen. Bei einer Kapitalgesellschaft - hierzu gehört auch die GmbH &

<sup>11</sup> Hamatschek, Stbg 2014 S. 513.

<sup>12</sup> Quelle: [www.nachfolge-der-familienunternehmer.de/?pub=google&pubsub=nf-001-azg-001-az-001-res&gclid=EAlalQobChMI58CFhfHYiQMVpm1BAh3ihAhREAAAYAiAAEgLSTvD\\_BwE](http://www.nachfolge-der-familienunternehmer.de/?pub=google&pubsub=nf-001-azg-001-az-001-res&gclid=EAlalQobChMI58CFhfHYiQMVpm1BAh3ihAhREAAAYAiAAEgLSTvD_BwE) (Stand 23.11.2024).

Co. KG (§ 264a HGB) - ist ggf. eine „sanfte“ Insolvenz wegen einer temporären Zahlungsunfähigkeit nach § 15a Abs. 1 Satz 1 InsO anzustreben.

Wird eine Übergabe oder ein Verkauf als möglich erachtet, dann sind Maßnahmen zur Herstellung der Verkaufsfähigkeit zu ergreifen. Hierfür ist ggf. auch Änderung der Unternehmensform notwendig, denn z. B. eine mittelständische GmbH ist oftmals nicht verkäuflich. Der richtige Zeitpunkt des Verkaufs lässt sich im Voraus nicht bestimmen und ist eine Bauchfrage, die auch vom Erwerber abhängt. Was richtig oder falsch war, kann man immer nur später beurteilen. Die Risiken sinken jedoch bei einer umfassenden Vorbereitung.

## **2.2 Veränderungen der Struktur einer Kanzlei**

Der Trend zur digitalen Bearbeitung setzte schon vor vielen Jahren ein. Ohne den Einsatz der EDV und der dazu gehörenden Software wäre die Arbeit vielfach nicht mehr zu bewältigen. Dies ist die eine Seite der Medaille, die andere ist der rasante Anstieg der EDV-Kosten in den letzten Jahren.

Die Entwicklung wird sich durch den Einsatz der KI nochmals innerhalb eines kurzen Zeitraums rasant verändern. Im Buchhaltungsbereich kommen die Auswirkungen der E-Rechnung hinzu, welche diesen Bereich revolutionieren wird. Die Konsequenz ist, dass der klassische Buchhalter nicht mehr im bisherigen Umfang benötigt wird, sondern gefragt ist der EDV-affine Mitarbeiter. Den Kanzleien könnte jetzt zugutekommen, dass Arbeitnehmer in der Industrie und im Handel im Rahmen des Stellenabbaus im Bereich der Finanz-/Steuerabteilungen freigesetzt werden. Der Stellenabbau könnte zudem den Weggang von Mitarbeitern der Steuerkanzleien in die Privatwirtschaft abbremsen.

## **3. Fazit**

Nicht nur der Wirtschaftsstandort Deutschland steht an der Schwelle eines großen Veränderungsprozesses, sondern auch in dessen Folge die Steuerberaterkanzleien. Wird dieser notwendige Veränderungsprozess mutig, wenngleich unter Verlust von bisherigen Annehmlichkeiten, angenommen, so wird es Deutschland schaffen, die Talsohle zu durchschreiten.

## **Impressum**

[www.neufang-akademie.de](http://www.neufang-akademie.de)

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe (einschließlich Mikrokopie), der Veröffentlichung im Internet sowie der Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, vorbehalten.  
Neufang Akademie, Leibnizstr. 5, 75365 Calw, Tel. 07051/931160, Telefax 07051/9311699, E Mail [info@neufang-akademie.de](mailto:info@neufang-akademie.de), [www.neufang-akademie.de](http://www.neufang-akademie.de)